



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0896890

P/XII/136 - 18. Juni 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach Dortmund	S. 1
Europas Zukunft liegt in Asien und Afrika	S. 5
Wandelbare CDU	S. 6
CDU und Gewerkschaftsschule	S. 8

Mit geballter Kraft

Der. Als letzte der großen deutschen Parteien hat die Sozialdemokratie in Dortmund der Öffentlichkeit ihr Wahlprogramm übergeben. Der Hauptstoß dieser größten Oppositionspartei richtet sich gegen die CDU/CSU als den eigentlichen Träger und Verantwortlichen einer Entwicklung, die immer mehr in Widerspruch zu deutschen Lebensnotwendigkeiten gerät. Das Wahlprogramm ist eindeutig und klar. Es greift nicht nach den Sternen, es enthält nichts, das eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht durchzuführen bereit wäre. Das Programm orientiert sich durchaus im Rahmen des Möglichen und Notwendigen.

In einer Verlautbarung fesselt der CDU-Bundesvorstand von einem linken Flügel der Sozialdemokratie, der im Vordringen sei. Dieser Vorwurf ist nicht neu, er durchzieht wie ein roter Faden die ganze CDU-Propaganda in den letzten Monaten und ist darauf angelegt, einen Bürgerschreck auszulösen. Nach diesem Wunschbild hätten die "radikalen" Strömungen die Gunwilligen und Verkünder, zur Zusammenarbeit Bereit in die Ecke gedrängt; es ist die alte Version von der schändlichen Gleichsetzung der Sozialdemokraten mit dem freiheitsfeindlichen Kommunismus, eine Lüge, die von der geschichtlichen Wirklichkeit längst widerlegt wurde, aber nach Goebbelschem Muster immer wieder gebraucht wird, um damit die stärkste und zuverlässigste Kraft der deutschen Demokratie zu treffen.

In der Sozialdemokratie gibt es keinen in Richtungskämpfen sich

zerfleischenden linken oder rechten Flügel - das würde ihren Gegnern freilich recht unangenehm sein - , es gibt nur eine einheitliche, auf die Ablösung der Adenauerregierung bedachte Willensrichtung. Die Erkenntnis, dass nach achtjähriger Tatenlosigkeit eine aktive, auf die Wiedervereinigung hinzielende deutsche Politik unerlässlich ist, wenn wir vor der heranwachsenden Generation bestehen wollen, ist allen Sozialdemokraten gemeinsam; genau so wie alle anderen im Wahlprogramm veröffentlichten Forderungen von der ganzen Sozialdemokratie erarbeitetes politisches Gedankengut sind. Da gibt es keine Gegensätze zwischen den unteren Parteigliederungen und den obersten Führungsgremien. Sie alle sind einig in dem Ziel, mit allen der Demokratie und den sozialen Fortschritt verbundenen Kräften unseres Volkes jene Wende in der deutschen Politik herbeizuführen, die zur Sicherung der Demokratie, der geistigen Freiheit und der Wiedergewinnung der Einheit unseres Volkes notwendig ist.

Niemand von der führenden Oppositionspartei gibt sich leichtfertigen Illusionen über die Schwere des nun angelaufenen Kampfes um die Gunst der Wähler hin. Die Regierungspartei ist zwar durch die weltpolitische Entwicklung stark angeschlagen, aber sie hat es in den vergangenen acht Jahren wohl verstanden, sich in entscheidenden Machtpositionen zu verschanzen. Die Interessen mächtiger Wirtschaftsgruppen und einflussreicher Verbände sind mit denen der CDU/CSU verbunden. Ihnen stehen ungeheure Mittel zur Beeinflussung der Öffentlichkeit zur Verfügung. Schon heute wagen es grosse Zeitungen kaum noch, die Politik der Bundesregierung von sich aus zu kritisieren, ohne gleichzeitig der Sozialdemokratie eine auszuweichen. Unzählige Fernorganisationen, finanziell wohl gerüstet durch die steuerfreien Millionensummen bestimmender Wirtschaftskreise und aus dem Reptilienfonds, lassen eine Flut von Druckschriften, Plakaten und gezielten Beiträgen in Illustrierten und Zeitungen los, um die deutsche Öffentlichkeit den Kernfragen der deutschen Politik fernzuhalten. Sie verschleiern die Wirklichkeit und schrecken davor nicht vor dem Mittel der Diffamierung zurück - an der Spitze der Bundeskanzler Adenauer, der durch seine Bamberger Rede das Stichwort dazu gab.

Die Sozialdemokratie verfügt nicht über Riesengelder, nicht über Fernorganisationen, auch erfremt sie sich nicht der Gunst des Grossbesitzes und des Grosskapitals. Dafür verfügt sie über ein Grossarsenal guter Argumente und über eine politische, der inneren und äusseren Notwendigkeiten unseres Volkes angepasste politische Konzeption. Ihren Niederschlag hat diese im Dortmunder Wahlprogramm gefunden. Es ist das Programm der Partei, auf die sich die Blicke der aktivsten, auf die Zukunft bedachten Kräfte unseres Volkes richten.

* * *

Brücke zu Asien - Die Aufgabe Europas

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Eines der Hauptziele, wenn nicht gar das Hauptziel des amerikanisch-russischen Abrüstungsgesprächs ist wohl die Sicherung des Atombombenmonopols für die grossen Drei: Vereinigte Staaten, Sowjetunion und Grossbritannien. Solange sich diese Vernichtungswaffen im Alleinbesitz dieser drei Mächte befinden, besteht für die Welt innerlich noch einige Aussicht, einen allgemeinen Selbstmord zu verhindern. Sie bestünde allerdings dann nicht mehr, wenn das Monopol durchlöchert würde und jede Regierung in der Lage wäre, nukleare Waffen zu kaufen oder selbst zu produzieren. Diese Furcht vor dem nicht mehr zu kontrollierenden Möglichkeiten eines atomaren Rüstungswettlaufs mit vielen Teilnehmern liegt als schwerer Albdruck auf den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion; sie steht hinter ihren Bemühungen, durch gegenseitiges Abtasten doch noch zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Braucht Europa nukleare Waffen?

Sollen nun die westeuropäischen Länder einschliesslich der Bundesrepublik von sich aus, um ihr Gewicht stärker zur Geltung zu bringen, auf atomare Bewaffnung drängen, sollen sie so ehrgeizig sein, selbst Atomkräfte zu werden? Die Sowjetunion hat sicherlich nicht den Wunsch - nach den Ereignissen in Polen und in Ungarn - militärisch in den Westen vorzustoßen. Jeder Angriff würde, und das wissen die Russen, die atomare Gegenaktion der USA auslösen. Andererseits rührten sie sich nicht, als die 6. amerikanische Flotte sich in das östliche Mittelmeer begab, um den Sturz des bedeutungslosen Königs von Jordanien zu verhindern. Westeuropa ist für die USA sicherlich noch wichtiger als Jordanien. Militärische Gründe sprechen also nicht für eine atomare Aufrüstung, aber alle politischen Gründe dagegen. Der Schutz Europas ist durch die Atomkraft USA ohnehin gegeben. Ein atomar auferüstetes kontinentales Europa könnte sich wohl als ein die politische Lage verschlimmrender Faktor und als Prellbock erweisen, an dem jedes Bemühen um Abrüstung scheitert. Die Konzentration auf die nukleare Bewaffnung würde sich jedoch auch auf lange Sicht gegen Europa selbst auswirken. Es würde dadurch verhindert sein, die Rolle bei der Entwicklung zu übernehmen, die die Sowjetunion, da sie selbst mit der Hebung des Lebensstandards für die eigene Bevölkerung voll beansprucht ist, und die Vereinigten Staaten, gegen die in diesen Teilen der Welt das Vorurteil besteht, sie verfolge imperialistische Ziele, nicht erfüllen können.

Blick nach Asien und Afrika

Das wichtigste Problem von morgen ist doch, welche technische und wirtschaftliche Hilfe Ost- und Südostasien, aber auch den Ländern des Mittleren Ostens und grosse Teile Afrikas gegeben werden kann, um den heissbegehrten Anschluss an die moderne Industrielwelt vollziehen zu können. Gemeinsam ist diesen Ländern das Bestreben, sich der Tausende jahrhunderte-alter technischer Rückständigkeit zu entledigen. China

versucht es mit kommunistischen, Indien mit demokratischen Methoden, - in ihren Zielen unterscheiden sie sich nicht. Wie können die Industriestaaten Europas diesen Faktor von ausserordentlicher Bedeutung gerecht werden, wie können sie sich hier einschalten, um die Sicherheit und die Wohlfahrt ihrer Völker mit den aufstrebenden und kräftig sich entfaltenden Lebenswillen Asiens zu verbinden? Entscheidende Faktoren gilt es festzuhalten:

Auf Anregung Nehrus wurde in Bandung die Gemeinschaft afro-asiatischer Nationen geschaffen; es handelt sich hier um Länder, die ihren Anspruch erhoben haben, in der Weltpolitik gehört zu werden und jede Rückkehr zur Kolonialpolitik bekämpfen.

Die Bandungstaaten sind, vereinfachend ausgedrückt, Erzeuger von Rohprodukten. Die Versorgung der europäischen Industrie-Nationen mit diesen Rohprodukten kann in der Zukunft ernsthaft gefährdet werden.

Fast alle Bandungstaaten bedürfen in erster Linie der Unterstützung bei der Entwicklung ihrer industriellen Anlagen. Welche entscheidende Rolle könnte hier Deutschland übernehmen. Es verfügt - immer noch - über gut geschulte industrielle Kader, der gute Ruf deutscher Qualitätsprodukte gilt in den entferntesten Ecken, deutsche Techniker, Monteure und Organisatoren sind überall willkommen und vor allem: das deutsche Volk ist nicht mit den Sünden des unwiderruflich zu Ende gehenden kolonialen Zeitalters belastet. Das deutsche Volk besitzt in diesen Teilen der Erde eine starke moralische Position, weil man in Deutschland nicht mehr den Träger einer Kolonialmacht sieht. Wie verhängnisvoll wäre es, dieses moralische Kapital ungenutzt zu lassen!

Nicht Vorherrschaft - Gleichberechtigung!

Europa wird niemals mehr in der Lage sein, als Kolonialmacht den Bandungstaaten entgegenzutreten. Seit Indochina und seit Suez hat sich die Ohnmacht europäischer Staaten offenkundig erwiesen, Positionen des Imperialismus zu halten oder, wie im Falle Suez, wieder zurückzugewinnen. Am klarsten hat dies die britische Labour-Party erkannt. Ihr aussenpolitisches Programm enthält die Forderung nach Abzug aller britischen Truppen aus den wenigen Stützpunkten in Asien und die Verwandlung der bestehenden afrikanischen Kolonien in freie, unabhängige, ihren eigenen Weg gehende Staaten. Es zieht die Schlussfolgerung aus der unbestreitbaren Tatsache, dass Europa und die europäischen Industrienationen sich aller Vorherrschaftsansprüche begeben müssen, wenn sie in Freundschaft mit den Völkern Asiens und Afrikas leben wollen. Nicht Vorherrschaft, sondern Zusammenarbeit von Gleichberechtigten und die Achtung voreinander kann für die Zukunft die Grundlage der Beziehungen sein. Hier gilt es, durch eine originelle und neue Politik eine Gemeinschaft der Tat zu begründen, gestützt und getragen von den Völkern, die sich gegenseitig viel geben können. Weder Washington noch Moskau würden es wagen, eine so gewonnene moralische Stellung anzutasten. Es ergäben sich daraus gleich mehrere Vorteile:

Die europäischen Völker stünden dann nicht mehr unter dem

18. Juni 1957

drückenden Einfluss und im Schlepptau der beiden Grossen, die allzugross werden wollen;

sie wären in der Lage, eine gerageltere Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen;

sie könnten für ihre grossen Industrien ungeheure Absatzmärkte sichern und dem aus der Enge Europas hinausstrebenden Drang seiner schöpferischen Kräfte auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet ein weltweites Betätigungsfeld eröffnen; welche Möglichkeiten für die Jugend: Europa nicht mehr als Vormacht der Unterdrückung, sondern als Helfer und Förderer der asiatisch-afrikanischen Nationen und Länder.

Europas Chancen

Die Voraussetzungen für die neue Rolle Europas in der Weltpolitik sind durchaus gegeben, es gilt, sie zu erkennen. Hier liegt die Chance Europas, aus dem Teufelskreis der militärischen Blockpolitik herauszukommen, um seine Energien auf eine den Gegensatz West-Ost überwindende Politik zu konzentrieren. Diese Rolle kann ihm weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten abnehmen. Die asiatisch-afrikanischen Nationen warten darauf. Der Weltfrieden und die Wohlfahrt der europäischen Industrievölker hängen davon ab. Leider wird dies nicht überall begriffen. Die europäische Politik unserer Kleineuropäer von Bonn, Paris und anderen Hauptstädten erschöpft sich immer noch in Vorstellungen, die dem Gestern verhaftet sind, sich aber der Zukunft verschliessen. Sie handeln gegen die wahren Interessen Europas; diese liegen in der Begründung der Freundschaft und willigen Zusammenarbeit mit den Völkern Asiens und Afrikas und nicht in einer Politik, die sie nur als Verbündete der USA oder der Sowjetunion erscheinen lässt. Europas Stellung und seine Haltung werden bestimmt von seiner Fähigkeit, seinem Willen und seiner Einsicht, sich fremden Diktaten nicht zu fügen. Es kann seine Zukunft sichern, wenn es die Solidarität, die Gemeinschaft der Tat mit den Völkern Asiens und Afrikas untermauert.

* * *

Sender Luxemburg:

Aussichten auf Abrüstungsabkommen besser geworden

"Durch die parallele Aktion von russischer und amerikanischer Seite sieht es nun so aus, als wenn die Aussichten auf ein teilweises und begrenztes Abrüstungsabkommen, die durch die Äusserungen Chruschtschows in Helsinki gefährdet schienen, nun wieder besser geworden sind. Allerdings kann es den anderen Ländern, die noch nicht im Besitz von Atombomben sind, nicht viel helfen, wenn die Atomversuche für einen gewissen Zeitraum verboten werden. Es hilft ihnen sogar nichts, denn auf beiden Seiten werden ja die Vorräte von Atom- und Wasserstoffbomben ständig vergrössert, da es in den Vorschlägen nicht heisst, es dürften keine Atombomben mehr fabriziert werden, sondern es sollten lediglich für einen gewissen Zeitraum keine Atombomben mehr ausprobiert werden. Das aber ist ein ganz grosser Unterschied. Wenn der Weltfrieden wirklich gesichert werden soll, müsste auch die Produktion der Atom- und Wasserstoffbomben verboten werden."

* * *

Die "christliche" Sache Dr. Adenauers

Von Maria Meyer-Sevenich, MdL.

Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, hat kürzlich in Bamberg die Behauptung aufgestellt, es ginge in der Wahlentscheidung vom 15. September um die Alternative: Christentum oder Kommunismus. Abgesehen von der darin liegenden Diffamierung aller Parteien ausserhalb der CDU/CSU, bedarf diese Wahlparole in zweifacher Hinsicht der Prüfung. Einmal fragt es sich, ob die CDU - seit ihrer Begründung im Jahre 1945 - wirklich der Sache des Christentums so treu gedient hat, dass von der ursprünglichen Zielsetzung nicht abgewichen ist als das "christliche" Firmenschild. Das soll hier untersucht werden. Zum anderen erhebt sich die Frage - und auch darauf kommen wir zurück - ob die CDU-Politik tatsächlich vor dem Kommunismus als "Wellenbrecher" stand und steht.

Auf einem der ersten Parteitage der CDU in Württemberg sagte Prof. Dr. Kaufmann, unter dem Jubel der Delegierten:

"Nicht Kanonen und Panzer, nicht Flugzeuge und Kriegsschiffe, auch nicht die Atombombe sollen und können die Sicherheit und den Frieden verbürgen, sondern einzig und allein der völkerveröhnende Geist des Christentums."

Dem entsprach es, dass wir in den programmatischen "Frankfurter Leitsätzen" der CDU beteuerten:

"Selbstverständlich wollen wir, dass aus dem Leben der Gemeinschaft jede Art von militärischer oder vermilitärischer Erziehung ausgeschlossen bleibt".

An dieser Frage der Grundlinien deutscher Aussenpolitik, die am 15. September wiederum zur Entscheidung steht, trennte sich der frühere Bundesinnenminister Dr. Dr. Heimmerl von der CDU; fand er, der evangelische Christ, den Weg in die SPD.

In einer von heutigen Bundestagsabgeordneten der CDU, Johannes Albers, am 1. Mai 1946 zur Verteilung gebrachten Druckschrift der CDU-Sozialausschüsse hiess es:

"Durch die Demokratie ist ein neues sozialistisches Besitzrecht zu schaffen, welches die dazu reifen Betriebe, Bergwerke, Werke der Energiewirtschaft, der Chemie, Gross-Eisenunternehmungen, Banken, Versicherungen, Schifffahrt, sowie die grossen Verkehrsunternehmungen in den Gemeinbesitz überführt bzw. unter öffentliche Kontrolle stellt ...

Das neue positive Rechtsprinzip im christlichen Sozialismus führt zur Ordnung des Rechts, das auf Arbeit beruht, gegenüber dem Recht, das auf Besitz beruht".

Um diesen "christlichen Sozialismus" kämpften wir in der CDU noch, als wir im Frühjahr 1947 das "Ahlemer Programm" verabschiedeten, das

18. Juni 1957

auf dem Hamburger Parteitag 1957 endgültig zu den Akten genommen wurde. Bereits 1949, nach der Verkündigung der "Düsseldorfer Leitsätze" der CDU schrieb mir ein Freund aus Hessen - wie ich, Mitbegründer der CDU - ein führender Gewerkschaftler:

"... ich begreife nicht, wie meine Freunde Kaiser, Albers usw. diese Reise in die liberalistisch-kapitalistische Wirtschaft mitmachen können. Mir bleibt nichts übrig, als mich von einer positiver Mitarbeit in der CDU zurückzuziehen".

Nun, Johannes Albers hatte mir ein Jahr zuvor, anlässlich meines Ausscheidens aus der CDU, geschrieben:

"Mir fällt auf, dass man in vielen Kreisen noch nicht versteht, wohin die Reise führt. Auch meine engsten Freunde glauben und trauen Männern und Worten allzusehr. Das Erwachen wird aber wohl schnell kommen".

Das ist die andere Frage, die am 15. September zur Entscheidung steht. Denn die Sozialdemokratie hat sich bekanntlich schon in ihrem Dortmunder Aktionsprogramm von 1953 zu eben jenen Grundsätzen bekannt, welche die "christlichen" Politiker mit dem "Ahlener Programm" als "Christlichen Sozialismus" verkündeten und heute verraten haben. Das wurde auch für einen weiteren Mitbegründer der hessischen CDU, den Gewerkschaftler Ernst Leuninger, zur Wegscheide; er trat in diesen Wochen erst aus der CDU aus und der SPD bei.

Viele waren es, die seit 1945 die CDU, die sie damals mitbegründen halfen, wieder verlassen haben, weil gerade die Wirtschafts- und Sozialpolitik der so genannten "christlichen" Partei ihr christliches Gewissen mobilisierte. Die meisten taten es in der gleichen Stille, in der sie der "christlichen Sache" in der CDU zu dienen meinten. Nur hin und wieder war es ein Name, der einer breiteren Öffentlichkeit bekannt war. So Linus Kather, jahrelang Vorsitzender der CDU-Flüchtlingsorganisation, Schmücker in Schleswig-Holstein, Hans Germer in Hamburg. Aber immer war es der gleiche Tenor der Begründung: "aus christlichem Verantwortungsbewusstsein kann ich in dieser Partei nicht mehr mitmachen."

Sie alle erleseten also früher oder später, was ich Dr. Adenauer bereits im Sommer 1947 geschrieben habe, nachdem ich als vielbegehrte Rednerin auf CDU-Kundgebungen die Partei in allen Teilen Westdeutschlands sehr genau kennengelernt hatte:

"Christlicher Geist ist in der CDU nicht einmal eine Fata Morgana, sondern schlechthin Terra Incognita".

In der parteiamtlichen Wochenschrift der CDU Württemberg konnte man

in Jahre 1946 lesen:

"Tausende schauen auf das Christentum als letzte Rettung, nicht so sehr auf das Kirchenchristentum, das manchmal in scharfem Gegensatz zum Leben seiner Träger steht, als auf ein Christentum der Tat, der helfenden Liebe, der weiterneuernden Kraft".

In klarer Erkenntnis, dass dieses Christentum von der CDU gewiss nicht praktiziert werden wird, schrieb der katholische Philosoph, Emmanuel Mounier, in "Esprit" schon im Mai 1946:

"Die in ganz Europa festzustellende jähre Aufblühhung christlich-demokratischer Parteien, von denen einige wie eine Erneuerung wirken, sind doch nur - täuschen wir uns nicht! - eine krankhafte Geschwulst auf dem kranken Körper der Christenheit".

Nicht das Christentum steht also am 15. September in der Bundestagswahl zur Entscheidung, wohl aber der genügend deklarierte Missbrauch des christlichen Glaubensgutes unseres Volkes durch die CDU.

+ + +

C D U und Gemeinschaftsschule

Von Dr. Adolf Arnöt MdB.

Der Schleswig-Holsteinsche Landtag hat in seiner 65. und 66. Sitzung am 20./21. Mai 1957 in Kiel einstimmig das Zustimmungsgesetz zu dem Vertrag zwischen dem Lande Schleswig-Holstein und den Evangelischen Landeskirchen in Schleswig-Holstein verabschiedet. Zur Begründung des Vertrages führte im Beisein des Ministerpräsidenten von Hassel (CDU) der Kultusminister Osterloh (CDU) ausweislich des amtlichen Protokolls der 5. Sitzung, Seite 2714, folgendes zur Frage der Gemeinschaftsschule aus:

"Das System des preussischen Volksschulunterhaltungsgesetzes ist mit dem Begriff der in unserer Landessatzung verankerten Gemeinschaftsschule kaum vereinbar, auch wenn diese 1906 als eine von mehreren Möglichkeiten zugelassen worden ist.

Ich habe diese Ausführungen gemacht, um darzutun, dass die Landesregierung vorbehaltlos zu dem in der Landessatzung statuierten Begriff der Gemeinschaftsschule steht und von nichts weiter entfernt ist als von der Absicht, durch ein Hintertürchen doch wieder so etwas wie eine halbe Konfessionsschule einzuführen. (Sehr gut! bei der CDU.)

Es liegt mir daran, klarzulegen, was die Regierung nicht will, um Vermutungen aller Art von vornherein einen Riegel vorzuschieben. Sie will also keine irgendwie geartete Veränderung der in der Landessatzung festgelegten Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein."

Bemerkenswert ist hierbei ferner, dass die Regierung von Hassel/Osterloh mit keinem Wort auf die Frage des Reichskonkordats eingegangen ist. * * * ----- Verantwortlich: i.V. Albert Exler